

12. I. 1917

Die deutsche Kriegswirtschaft.

Von Bruno Buchwald (Berlin).

I.

Es ist nicht leicht, sich in den verwickelten Pfaden der deutschen Kriegswirtschaft zurechtzufinden, gewissermaßen aus der Vogelperspektive all die Einrichtungen, die der Staat zur Durchführung des Krieges auf wirtschaftlichem Gebiete treffen mußte, zu überschauen, ihren Zweck zu verstehen und auf ihre wirtschaftliche Berechtigung zu prüfen. Das Material, auf das wir uns stützen können, ist geringen Umfangs. Was die Tagespresse und die Fachpresse uns bieten, ist völlig unzureichend. Zwar lesen wir täglich, daß diese oder jene neue Verordnung erlassen worden ist; wir begegnen auch da und dort einer Kritik mancher kriegswirtschaftlichen Einrichtung, aber im ganzen finden wir doch selten eine tiefgehende, von Berufsinteressen freie Würdigung des gesamten komplizierten Gebäudes. Das mag zum Teil daran liegen, daß nicht alles gesagt werden kann; in einer Zeit, wo der Feind sorgfältig jedes Wort zu erspähen trachtet, das er als Zeichen des Mißmutes in seiner Presse ausbauen kann, um dem eigenen Volk neue Energie zur Fortsetzung des Krieges einzuflöhen. Zu einem weiteren und sicherlich nicht dem kleinsten Teil beruht dieses Schweigen auch darauf, daß diejenigen Kräfte, die zu einer wissenschaftlichen Bearbeitung des umfangreichen, sich ständig vergrößernden Materials berufen sind, soweit sie nicht im Heeresdienst in Anspruch genommen werden, gegenwärtig ihre Arbeitskraft dem Staate zur Verfügung stellen und daher im aufreibenden Dienste des Tages keine Zeit zu einer Erforschung der Kriegswirtschaft finden. So wird erst, wenn der Friede geschlossen ist, das Material, das jetzt in den Archiven der Regierungsämter und Kriegsgesellschaften ruht, gesichtet und zu einem einheitlichen Ganzen gestaltet werden können. Erst dann wird das große Werk seine volle Anerkennung im Volke finden, und manch einer, der heute diese oder jene Verordnung, weil sie seinem Stande schädlich ist, mit Unbehagen betrachtet, wird von der Größe des Geleisteten einen Begriff bekommen. Freilich wird man dann auch in allen Kreisen einsehen, daß Fehler gemacht worden sind; wie wäre es auch denkbar, in so kurzer Zeit und ohne jede Erfahrung aus früheren Kriegen stets den richtigen Weg zu finden. Es ist nicht zu leugnen, daß auch in wirtschaftlicher Beziehung eine größere Vorbereitung für den Krieg uns vor vielen Schwierigkeiten bewahrt haben würde. So hätte, um ein Beispiel herauszugreifen, schon im Frieden bestimmt werden können, welche Landesprodukte, Salz- oder Fertigfabrikate wir im Falle eines Krieges, weil wir sie in eigenen Lande dringend gebrauchen oder weil sie dem Feinde nützlich sein können, nicht ins Ausland senden dürfen. Es wäre daher nicht notwendig gewesen, wie es zu Beginn des Krieges geschah, Ausfuhrverbote zu erlassen, die später zurückgenommen wurden. Aber dennoch hätte ein „wirtschaftlicher Generalstab“ nicht alle Möglichkeiten berechnen können, die im Kriege zur Tatsache werden. Wie schwierig es war, gerade die wirtschaftlichen Wirkungen dieses gewaltigen Völkerringens im voraus zu ermessen, ergibt sich schon daraus, daß sämtliche Schriftsteller, die sich mit diesen Fragen befaßt haben, zu Fehlschlüssen gelangt sind. Man braucht nur das bedeutende Werk von Bloch über den Krieg aufzuschlagen. Dort findet man eingehende Schilderungen über die verheerenden Folgen eines europäischen Krieges auf die Industrie. Dabei werden die Wirkungen als besonders tiefgreifend für einzelne Industriezweige geschildert, die sich, wie nunmehr die Erfahrung lehrt, im Kriege außerordentlich fräftig entwickelt haben. Die falsche Beurteilung lag im wesentlichen darin, daß mit einem unergleichlich geringeren Bedarf an Munition gerechnet wurde. Die Schuld daran trägt nicht der Wirtschaftskritiker; die nicht übersehbare Art der Kriegführung mußte vielmehr auch der Kriegswirtschaft eine andere, vorher nicht erkennbare Richtung geben. Daß diese Umstellung der Wirtschaft auch viele soziale Veränderungen hervorgerufen hat und in noch höherem Maße nach dem Frieden hervorrufen wird, sei nur nebenbei erwähnt.

Wenn nun der Versuch unternommen werden soll, wenigstens die Grundzüge der deutschen Kriegswirtschaft zu überblicken, so müssen zunächst zwei am schärfsten hervortretende Tendenzen in den Vordergrund gerückt werden. Nachdem der Staat plötzlich als Käufer für die riesenhaften Erfordernisse der Kriegführung auftrat, mußte der Geldwert sinken und eine allgemeine Steigerung der Warenpreise eintreten. Da ein solcher Prozeß trotz dem verminderten Angebot an Arbeitskräften nicht sogleich zu einer Verteuerung der Lebensbedürfnisse entsprechenden Steigerung der Löhne und festen Einkommen führt, so mußte der Staat Vorsorge treffen, um nach Möglichkeit die Erhöhung der Warenpreise einzudämmen. Gleichzeitig wurde aber das Tempo dieser Steigerung noch verschärft durch die Absperrung der freien Zufuhr aus den überseeischen Ländern und die Beschränkung der Einfuhr aus den neutralen europäischen Ländern infolge des politischen und wirtschaftlichen Druckes unserer Feinde auf die Regierungen dieser Länder. So entstand daneben eine Knappheit an Waren, die die Staatskunst vor Probleme von ungeahnter Größe stellte. Es erwuchs ihr dadurch die Aufgabe, die Bevölkerung zu zwingen, mit den vorhandenen Waren, namentlich mit den vom Ausland bezogenen Rohstoffen, haushälterisch umzugehen und diese Waren in erster Reihe für die Bedürfnisse des Heeres zur Verfügung zu stellen. So mußte ein Zwang der Sparsamkeit der Zivil-

bevölkerung in denjenigen Produkten ausgeübt werden, die dem Heeresbedarf dienen; der Umsatz an Waren wurde dadurch vermindert im Vergleich zu demjenigen Umsatz, der erzielt worden wäre, wenn neben dem Staatsbedarf auch die Bevölkerung in dem bisherigen oder gar noch gesteigerten Maße Käufer auf dem Markte gewesen wäre. Es ist nicht ohne Bedeutung, diese beiden Faktoren streng voneinander zu trennen. Denn gar zu häufig ist der Irrtum verbreitet, daß nur die Behinderung der Zufuhr und der dadurch herbeigeführte Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln die wilden Preistreiberien herbeiführt. Daß dem nicht so ist, geht schon daraus hervor, daß auch in Ländern, die vom Seeverkehr nicht abgeschnitten sind, die Preise beträchtlich gestiegen sind. In den neutralen Staaten Europas hängt dies zwar zum Teil mit der Verteuerung der Frachten zusammen, jener unvermeidlichen Begleitererscheinung der Vernichtung von Schiffsraum durch den U-Bootkrieg, der Bahnlegung der in den neutralen Häfen geborgenen und daher jetzt nicht verwendbaren Handelschiffe sowie der Beanspruchung von Handelsfahrzeugen zu Truppentransporten. Für die Vereinigten Staaten von Amerika ist dieser preissteigernde Faktor jedoch nicht maßgebend. Dennoch sehen wir auch dort eine stattliche Erhöhung der Warenpreise. Der gesteigerte Bedarf der in den Krieg verwickelten Mächte in Verbindung mit deren geringeren Produktionsfähigkeit hat an den Warenmärkten zu lebhafter Nachfrage geführt. Dadurch hat der Volkswohlstand zugenommen, und dies führte wiederum zu einer Steigerung des Verbrauches. Dennoch hat man nichts davon gehört, daß in den Vereinigten Staaten Höchstpreise eingeführt sind oder daß eine Rationierung (allgemeine Verteilung und Beschränkung des Verbrauches) an Lebensmitteln oder Rohstoffen notwendig war. Dagegen hat man sich, namentlich in neuerer Zeit, in denjenigen neutralen europäischen Ländern, die hauptsächlich als Lieferanten an die kriegsführenden Mächte in Betracht kommen — Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen und die Schweiz —, dieser Mittel ebenfalls bedienen müssen. Es ergibt sich daraus, daß die Steigerung der Preise nicht allein die Folge verminderter Zufuhr ist.

Die Festsetzung von Höchstpreisen für die wichtigsten Lebensmittel und Gegenstände des Kriegsbedarfes sowie die Rationierung bilden insbesondere in Deutschland die bedeutungsvollsten kriegswirtschaftlichen Maßnahmen. Im Gegensatz zur Rationierung, die nur wenig Gegnerschaft gefunden hat, ist das Bestehen der Höchstpreise von den verschiedensten Seiten heftig kritisiert worden. Einen noch schärferen Unwillen hat, freilich in der Hauptsache von den geschädigten Interessenten ausgehend, eine dritte kriegswirtschaftliche Neuerung, die Zentralisierung der Einfuhr, erfahren. Weniger stark, wenn auch nicht bedeutungslos, war die Opposition gegenüber einem anderen Eingriff des Staates in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte: die Beschlagnahme. Wollen wir die deutsche Kriegswirtschaft richtig verstehen, so müssen wir bei einer näheren Prüfung dieser vier Methoden auch den zwischen ihnen bestehenden inneren Zusammenhang zu würdigen versuchen.